

# journal liberal

Informationen und Berichte von und aus der FDP-Stadtratsfraktion

# FDP

Saarbrücken



Friedhelm Fiedler  
Fraktionsvorsitzender

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Schlacht um das Amt des Oberbürgermeisters von Saarbrücken ist geschlagen. Wir haben mit viel Engagement gekämpft. Unser Ergebnis von immerhin 6,3 Prozent kann sich durchaus sehen lassen. Liegt doch die FDP heute leider ziemlich am Boden – im Bund, aber auch im Saarland. Und das nur zwei Jahre, nachdem wir auf allen Ebenen die größten Erfolge unserer jüngeren Parteigeschichte eingefahren haben. Um es in Fraktur und ohne Schnörkel beim Namen zu nennen: Wir haben eindeutig gravierende Schwächen in der politischen Umsetzung und auch bei Teilen des von uns gewählten Personals. Im Bund, aber auch auf Landesebene.

Dankbar bin ich für den starken Rückenwind, den ich aus der Partei erfahren durfte. Das war vor der Wahl so, aber auch nach der Wahl. Auch unser Ehrenvorsitzender Werner Klumpp zeigte sich in einem langen Telefonat zufrieden und forderte mich in der ihm eigenen Deutlichkeit auf, weiter engagiert für meine Themen in Saarbrücken und auf Landesebene zu kämpfen. „Nicht nachlassen, Friedhelm!“, so die Klumppsche Parole. Auch die Parteifreunde in anderen saarländischen Städten haben einen guten Wahlkampf gemacht. Dort waren am Ende die Ergebnisse leider ziemlich deprimierend. Bei den OB-Wahlen in St. Ingbert (2,7 Prozent) und in Merzig (1,7 Prozent) gab es für die FDP keinen Blumentopf zu gewinnen, was mir für die Parteifreunde dort sehr, sehr leid tut. Gleichwohl spiegeln diese Ergebnisse die momentane Wirklichkeit unbarmherzig wider: Die FDP ist verglichen mit 2009

buchstäblich abgeschmiert. Stolze liberale Partei, das hast du nicht verdient!

Wir haben in Saarbrücken leider nicht verhindern können, dass Frau Britz für weitere acht Jahre Chefin im Rathaus bleibt. Was sich für die Landeshauptstadt noch bitter rächen wird. Denn Frau Britz hat fachlich wenig Ahnung von Wirtschaft und Finanzen. Und „Mut und Liebe“ allein werden nicht ausreichen, das lecke Schiff mit sicherer Hand durch schwere See zu steuern. Gerade erst – nämlich zwei Tage nach der OB-Wahl –, ist im Stadtrat eine weitere haushaltswirtschaftliche Sperre in Höhe von 10 Prozent beschlossen worden. Die fest eingeplanten Steuereinnahmen im laufenden Haushaltsjahr hinken nämlich gewaltig hinter den Planungen her. Die Konsolidierungsbeschlüsse und

die Kommunalaufsicht zwingen nun dazu, über alle konsumtiven Ausgaben eine Sperre von 10 Prozent zu verhängen. Und da träumen Frau Britz und die sie tragende rot-rot-grüne Mehrheit von einer Stadtmitte mit kostspieligem Tunnel, von einer neuen Messe, die uns etwa 60 bis 80 Millionen kosten wird, und von einem rundum erneuerten Fußballstadion, was rund 27 Millionen Euro kosten soll. Da kann man sich über das Wahlergebnis nur wundern. Geld korrumpiert. Und öffentliches Geld korrumpiert allemal. Weil es nie dem gehört, der es ausgibt. Aber eine Gewissheit bleibt in jedem Fall: Das Erwachen wird kommen.

FRIEDHELM FIEDLER,  
VORSITZENDER DER FDP-FRAKTION



Die Kommunalaufsicht hart im Nacken, wird der Gürtel bei den Stadtfinanzen 2012 wohl noch enger geschnallt werden. Und das vor dem Hintergrund, dass Oberbürgermeisterin Charlotte Britz und die sie tragenden Parteien SPD, Grüne und Linke auch noch einige Großprojekte wuppen wollen: Den weiteren Ausbau von Stadtmitte am Fluss, den Stadionumbau oder eine neue Messe. Dabei ist die Stadt schon heute mit fast 1,2 Milliarden Euro verschuldet. Und das Land, nach dem in der Finanznot laut gerufen wird, steht nicht viel besser da. Dort beträgt der Schuldenberg inzwischen über 11 Milliarden Euro.



Ana Isabel Klumpp  
Sport-, gesundheits-  
und umweltpolitische  
Sprecherin

Der erste Orientalische Markt Burbach im Juni 2010 hatte so sehr die Erwartungen der Aussteller und auch der Veranstalter übertroffen, dass beschlossen wurde, diese Veranstaltung jährlich zu organisieren. Nachdem es 2010 etwa 25 Stände gegeben hatte, gab es zum Orientalischen Markt Burbach am 11. Juni 2011 etwa 70 Anmeldungen. Das Einzugsgebiet reichte bis Straßburg.

Ebenso schön wie im Jahr zuvor war das kalligrafische Plakat, mit dem auf den Markt hingewiesen wurde. Der Burbacher Orientalische Markt lockte die Burbacher Bürger, ehemalige Burbacher Bürger, Menschen aus dem übrigen Saarbrücken und Umgebung und aus Frankreich. Nach Schätzungen des Zuwanderungs- und Integrationsbüros waren es insgesamt vielleicht 7000 Menschen, die sich die Darbietungen



## Orientalischer Markt Burbach Rückblick und Ausblick



und Tänze angesehen haben und köstliche kleine Speisen wie hauchzarte gefüllte Pfannkuchen oder eine Art arabische Frühlingsröllchen probiert haben.

Aufgefallen ist mir das hohe Engagement der Kinder und Jugendlichen, die in Originalkleidung, in passenden Kostümen ihre orientalischen Kulturen, die Kulturen ihrer Vorfahren, präsentiert haben. Ich möchte dem Zuwanderungs- und Integrationsbüro danken, Frau Kabis, die die Idee hatte (!) und Frau Mhamdi, die sich für die feinen Plakate verantwortlich zeichnete. Auch ganz großer Dank an das Stadtteilbüro Burbach, Herrn Biehl, der zusammen mit dem ZIB maßgeblich an der Verwirklichung mitgearbeitet hat, an die Gemeinwesenarbeit Burbach in Trägerschaft von Caritas und Diakonischem Werk und an das BID Burbach e.V. Zweierlei könnte man meines Erachtens verbessern: Ich würde gerne beim Passieren der Stände etwas über die jeweiligen Länder lesen: Jeweils ein Infoblatt über das Land wäre anregend

und einprägsam. Eine andere Sache sollte jedenfalls geändert und verbessert werden: Der große Burbacher Sportverein, der sehr viel für Kinder und Jugendliche tut, nämlich die Sportfreunde 05 Saarbrücken e.V., hat jedes Jahr an Pfingsten ihr Pfingstturnier. Das war auch dieses Jahr so. Der Orientalische Markt wurde nun dieses Jahr leider genau auf den Pfingstsamstag gelegt. Das sollte man vermeiden: Die Vereine wollen beim Orientalischen Markt auch präsent sein und mit Getränkeverkauf ihre Kasse ein bisschen aufbessern. Außerdem zieht ein Ereignis dem anderen zwangsläufig Publikum ab.

Hier sollten die Veranstalter des Orientalischen Marktes sensibel mit einem Verein umgehen, der über viele Jahre, ich nenne hier stellvertretend den Vorsitzenden Herrn Altes, so viel für die Kinder und Jugendlichen des Stadtteils Burbach getan hat und tut. Ich wünsche Ihnen eine schöne und besinnliche Vorweihnachtszeit.

Herzlich  
Ihre Ana Isabel Klumpp



Thomas Escher  
Schul- und jugend-  
politischer Sprecher

Schlägt man die Zeitung auf, schaltet das Radio oder den Fernseher ein, so könnte man denken, dass es auch in der Kommunalpolitik nur um Millionenprojekte geht und überall Stillstand herrscht. Dies ist zum Glück nicht so, leider bekommen dies viele Bürger nicht mit, da es viele Themen nicht in die Presse schaffen. Auch die Teilnahme an den öffentlichen Sitzungen der Räte ist eher gering, wobei der Bürger hier miterleben könnte, dass in der Sachpolitik parteiübergreifend nach Lösungen gesucht wird. Sehr viele Anfragen von Bürgern werden aber auch schon im Vorfeld beantwortet und gelöst. Dabei gibt es dann auch keine

## Kommunalpolitik heißt Politik nah am Bürger

wichtigen oder un-wichtigen Anfragen oder Bitten um Hilfen der Bürger. Für jeden, der ein Problem hat, ist dieses wichtig, und er hofft auf eine Lösung. Oft wird Kommunalpolitik deshalb auch despektierlich Kanal-deckelpolitik genannt. Aber genau das macht den Unterschied zu den haupt-amtlichen, bezahlten Politikern im Land, Bund und in Europa aus. Für die FDP Stadtratsfraktion ist es daher wichtig, möglichst alle Einladungen wahrzunehmen, um den Bürgern zu zeigen, dass man für sie da ist. So setzten wir uns zum Beispiel erfolgreich für eine kosten-günstige Renovierung einer Toiletten-anlage für die Nachmittagsbetreuung der Albert-Schweitzer-Grundschule in Dudweiler oder die Installation einer neuen Lichtenanlage mit Mischpult in der Festhalle Güdingen ein. Diese sind nur 2 Beispiele von vielen, sei es ein fehlender Mülleimer, ein lauter Kanaldeckel oder eine defekte

Sitzbank, wo die Bürger um Hilfe gebeten haben. Wenn jetzt darüber diskutiert wird, wer oder was schuld an der geringen Wahlbeteiligung ist, sollte man keine vorschnellen Aussagen machen und in blinden Aktionismus verfallen. Wahrscheinlich sind einfach zu viele Faktoren zusammengetroffen, die individuell zu der Entscheidung geführt haben, dass man nicht wählen geht. Jedoch glaube ich nicht, dass es an der Präsenz der Kommunalpolitiker vor Ort liegt. Neben den Veranstaltungen von Vereinen und Verbänden organisieren auch wir regelmäßig öffentliche Veranstaltungen vom Familienfest bis zur politischen Gesprächsrunde. Ich behaupte, dass die meisten Bürger daher eher ihre zuständigen Kommunalpolitiker kennen als ihren Landtags-, ihren Bundestags- oder Europaabgeordneten.

Ihr Thomas Escher



Erik Schrader  
Dezernent für  
Bildung, Kultur  
und Wissenschaft

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

jetzt wird es wieder abends schneller dunkel, die ersten Geschäfte werden weihnachtlich geschmückt, der Fliegende Weihnachtsmann hat sichtbar sein Quartier in der Saarbrücker Innenstadt aufgeschlagen, und viele planen schon jetzt für die festlichen Weihnachtsfeiertage. Auch ich freue mich schon auf die besinnlichen Tage zwischen den Jahren, aber auch auf das kommende Jahr 2012. „Was wird es bringen?“, frage ich mich aber dabei und schaue mit Sorge auf die kommenden Haushaltsberatungen in Stadt und Land.

Die schwierige Haushaltssituation der Landeshauptstadt Saarbrücken und des Saarlandes darf aber nun nicht dazu führen, dass ich in Fatalismus verfallende. Auch die wiederholten Ungerechtigkeiten des Landes gegen die Kommunen (z.B. die Kulturabgabe, durch die das Land bei allen Kommunen 16 Millionen rauspresst) im Allgemeinen und gegen Saarbrücken (z.B. das unsinnige Beharren auf ein „Sparsonderopfer“ in Höhe von 11 Millionen in 2012) im Speziellen dürfen nicht zu dem Ergebnis führen, dass nichts für das kommende Jahr 2012 geplant wird. Natürlich wird in dem kommenden Jahr wieder die Schaffung von neuen zusätzlichen Krippen- und Kindergartenplätzen ganz oben auf meiner Agenda stehen. Auch die Entwicklung und der Ausbau der Freiwilligen und Gebundenen Ganztagsgrundschule werden weiter forciert. Und im Gegensatz zu dem sog. Vierten Pavillon des Saarlandmuseums werden in 2012 erste Ausstellungen in der Stadtgalerie gezeigt werden.

Aber da war doch noch was. Der Zoo feiert im kommenden Jahr sein 80. Jubiläum, und das Filmhaus wird 30 Jahre alt. Zwei Saarbrücker Institutionen, ohne die Saarbrücken und das Saarland viel ärmer wären, begehen also ihr Jubiläum. Der Zoo und das Filmhaus gehören für mich zu einer lebenswerten

## 2012 ist ein Jahr der Jubiläen für den Zoo und das Filmhaus

Landeshauptstadt, die übrigens das einzige Oberzentrum in unserem Bundesland darstellt, und sollten daher in ihrem Jubiläumsjahr noch stärker in den Fokus des öffentlichen Interesses gerückt werden.

Ein idealer Zeitpunkt also nicht nur für moderate und angemessene Feiern, sondern auch für einen Blick in die Zukunft. Denn natürlich reicht es nicht aus, sich für die Erfolge der Vergangenheit zu beglückwünschen und nun ein großes pompöses „Feuerwerk“ zu zünden. Dies wäre übrigens genauso falsch wie Pöbeleien und unausgegrenzte Schließungsforderungen, die einige Unverbesserliche gegen eine oder gar beide Einrichtungen manchmal aussprechen.

In beiden Institutionen wird also an nachhaltigen Visionen für die Zukunft gearbeitet. Der Zoo hat schon in einem Masterplan seine Ziele für die kommenden Jahre festgeschrieben und setzt diese mit Elan um. So wird dann im Jubiläumsjahr die neue Seehundanlage eröffnet und mit dem Bau der beeindruckenden Gorillafreianlage begonnen. Für das Filmhaus wurde ein neues programmatisches Zielprofil erarbeitet und in neue angemessene Technik investiert. Und natürlich wurde auch die Öffentlichkeitsarbeit optimiert.

Unter [www.zoo.saarbruecken.de](http://www.zoo.saarbruecken.de) und unter [www.filmhaus-saarbruecken.de](http://www.filmhaus-saarbruecken.de) erhalten Sie schon jetzt alle erdenklichen Informationen über den Zoo und das Filmhaus. Ich lade Sie also schon jetzt ein, sich im Internet

über unsere beiden Jubilare zu informieren. Vielleicht werden Sie ja eine von den beiden Einrichtungen dann noch in diesem Jahr besuchen. Denn ein winterlicher Spaziergang im Zoo oder ein Kinoabend im Filmhaus ist immer ein besonderes Erlebnis. Ich würde mich jedenfalls sehr freuen, wenn die Mitarbeiter im Zoo oder im Filmhaus Sie in diesem Jahr und dann im Jubiläumsjahr 2012 begrüßen dürften.

Ihr Erik Schrader  
Dezernent für Bildung,  
Kultur und Wissenschaft

Wir warten auf  
Sie, in Ihrem  
Saarbrücker Zoo!





Jessica Zeyer  
Stadtverordnete

## Vom Freilichtklo zur Beton-Pyramide – Der besondere Aufstieg der Berliner Promenade

Jahr, in eine, kein Quatsch, Pyramide verwandelt! Was mich sehr beeindruckt. Denn ich kannte Pyramiden bisher nur aus dem fernen Ägypten und aus dem Mexiko-Urlaub! Doch nun haben wir auch eine, und zwar mitten in der Stadt – Freitreppe genannt. Doch der Aufstieg zur touristischen Sehenswürdigkeit scheint fraglich.

Wohlwissend, dass die ehemalige „Schmuddel-Promenade“ nicht schön war und eine bauliche Veränderung erfolgen musste, bin ich doch erstaunt über das Ergebnis: Schön ist anders! Überall grauer trister Beton. Als hätten Außerirdische über Nacht einfach alles zubetoniert. Ich dachte, schlimmer als der hässliche 1,2 Millionen Euro teure Landwehrplatz kann die neue Promenade nicht werden. Doch sie konnte wohl! Und das lediglich für schlappe 26,5 statt wie ursprünglich geplante 18 Millionen Euro. Die Weltmarktpreise für Beton scheinen hoch zu

sein. Da sich grauer Beton durch das „eiskalte Händchen“ der Baudezernentin unaufhaltsam in der Stadt auszubreiten scheint wie einst die Pest im Mittelalter, kann man nur hoffen, dass der Beton irgendwann wenigstens aus einigen Köpfen des Saarbrücker Stadtrats verschwindet. Denn außer der FDP und den Freien Wählern stehen nach wie vor alle Parteien hinter Stadtmitte am Fluss und dem dazugehörigen Tunnel! Ach ja, apropos Pyramide. Paris hat auch eine, und die steht im Innenhof des Louvre, ist der Haupteingang dieses weltberühmten Museums, und sie ist aus Glas. Vielleicht hat sich die Baudezernentin davon ja inspirieren lassen, und deshalb bekommt unsere „Pyramide“ demnächst Glasaufzüge. Man muss nur aufpassen, dass die ehemaligen „Freilicht-Pisser“ diese dann nicht als Dixie-Klo benutzen.

Ihre Jessica Zeyer



## UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung



Karsten Krämer  
Sozialpolitischer  
Sprecher

Liebe Leserinnen und Leser, in diesem Artikel möchte ich Ihnen die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung (kurz: UN-Behindertenrechtskonvention) vorstellen. Diese Konvention, die die Menschenrechte für die spezielle Lebenssituation behinderter Menschen konkretisiert, wurde 2006 von der UNO-Generalversammlung verabschiedet und trat 2008 in Kraft. Zum heutigen Zeitpunkt haben 153 Staaten dieses Übereinkommen unterschrieben, von denen bereits 106, darunter auch die Bundesrepublik (2009), sie ratifiziert haben.

Was nun hinter dieser Konkretisierung der Lebenssituation steht, ist das Leitbild der „Inklusion“. Dieser Begriff hat eine weitergehende Bedeutung als der Begriff der „Integration“, der vielen von Ihnen schon bekannt ist. Deshalb möchte ich an dieser Stelle etwas ausholen und erklären, was unter Inklusion verstanden wird. Inklusion bedeutet, dass sich nicht der Mensch mit Behinderung anpassen muss, um an der Gesellschaft teilnehmen zu können, sondern, dass alle gesellschaftlichen

Bereiche so ausgestaltet sein müssen, dass eine Teilhabe für Menschen mit Behinderung möglich ist. Das ist ein großer Umbruch in der Behindertenpolitik der letzten Jahrzehnte, die doch stark auf spezielle Fördereinrichtungen gesetzt hat, hin zu offenen Einrichtungen für alle Menschen, also weg vom Prinzip der Fürsorge zu einem partnerschaftlichen Miteinander. Diese Konvention betont in ihren Grundsätzen extra, dass Menschen mit einer Behinderung ein Teil der menschlichen Vielfalt sind und damit auch das Recht auf die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und die Einbeziehung in die Gesellschaft haben.

Das hört sich für mich erst einmal sehr gut an, aber nur beim „gut anhören“ soll es ja nicht bleiben! Was das nun konkret für unser Saarland und Saarbrücken bedeutet, wird derzeit auch schon erarbeitet. Der Landtag des Saarlandes hat am 19.05.2010 die Landesregierung aufgefordert, die Auswirkungen und den gesetzgeberischen Handlungsbedarf zu ermitteln. Das heißt, die Landesregierung erarbeitet im Moment unter

Einbeziehung der Betroffenen, deren Organisationen und Interessenvertretungen einen Aktionsplan, der uns dann auf kommunaler Ebene rechtliche Rahmen- und Randbedingungen aufzeigt. Er wird Auswirkungen auf fast alle politischen Themenbereiche wie Wohnen, Mobilität, Gesundheit, Bildung und Erwerbstätigkeit, um nur einige zu nennen, haben. Mit diesen Vorgaben wird sich dann das städtische Amt für soziale Angelegenheiten befassen und daraus einen Aktionsplan für unsere Landeshauptstadt Saarbrücken ableiten. Wir, die FDP-Stadtratsfraktion begleiten und thematisieren die Behindertenpolitik und die Barrierefreiheit von Anfang an sehr engagiert und motiviert, denn Menschenrechte, gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft, Freiheit, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung sind existentielle Grundwerte unserer Partei.

Ihr Karsten Krämer



Jürgen Lenhof  
Finanzpolitischer  
Sprecher

Die Landeshauptstadt hat über 1.000 Millionen Euro Schulden. Auch in diesem Jahr haben die Stadtoberen den Schuldenberg nochmals kräftig erhöht. In dieser Situation ist eine exakte Haushaltsplanung und verantwortliche Finanzpolitik eine wichtige Voraussetzung, um die überbordenden Probleme nicht noch größer werden zu lassen und die Finanzen nach und nach in den Griff zu bekommen. Rechtzeitige Beratungen des wichtigen Haushalts

2012 in den Entscheidungsgremien der Landeshauptstadt sind dazu zwingend erforderlich. Das sieht die Stadtverwaltung aber wohl anders. Noch immer liegt den Fraktionen des Saarbrücker Stadtrates kein Entwurf des Haushaltes 2012 vor. Sieht man die erforderliche Beratungszeit, kann man heute schon davon ausgehen, dass die Stadt Anfang 2012 keinen vom Stadtrat genehmigten Haushalt haben wird und dann im finanziellen Blindflug ins neue Jahr starten muss. Das ist gefährlich, auch angesichts der vielen Großprojekte, die die Stadtverwaltung offensichtlich in den nächsten Jahren schultern will. Da ist die Rede vom neuen Stadion, von der Neugestaltung der Saarmesse, von einer Eventhalle und natürlich vom Millionen-Grab, dem Stadtmitte-Tunnel.

Eigentlich muss jedem schleierhaft sein, wie die Stadtoberen diese neuen riesigen Haushaltsbelastungen mit, wie gesagt schon über 1.000 Mio Euro bestehender



Schulden bewältigen wollen. Aber vielleicht ist das ja auch System, plant man nicht rechtzeitig und ordentlich, braucht man sich diese Fragen auch nicht zu stellen.

Ihr Jürgen Lenhof



Rüdiger Linsler  
Stellvertretender  
Fraktionsvorsitzender  
Wirtschaftspolitischer  
Sprecher

Die Koalition aus CDU/CSU und FDP hat sich auf Bundesebene im Rahmen eines Einigungspaketes darauf verständigt, dass ein Betreuungsgeld für Eltern zum Jahr 2013 eingeführt werden soll. Dies bedeutet, dass Eltern, die ihre Kinder nicht in eine Kinderkrippe geben, jeden Monat 150 Euro Betreuungszuschuss vom Staat erhalten sollen.

Auf den ersten Blick eine soziale Maßnahme, die der Kindererziehung der Eltern Respekt und Anerkennung zollt. Aber nur auf den ersten Blick.

Bei näherer Betrachtung konterkariert diese Absicht die jahrelangen Bemühungen der Politik, flächendeckend für eine ausreichende Anzahl von Krippenplätzen zu sorgen. Ziel des Ausbaus von Krippenplätzen sollte es sein, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf herzustellen und zudem gerade Kindern aus einkommensschwachen und auch sozial schwierigen Verhältnissen einen bes-

## Betreuungsgeld – Nein, danke!

seren Einstieg ins Bildungsleben und damit in die Gesellschaft anzubieten. Denn Studien belegen nach wie vor, dass gerade Kinder aus einkommensschwachen Verhältnissen oft unter Defiziten in Sprache, Bildung, musischer Erziehung und sozialer Kompetenz leiden. Da in Kinderkrippen die ersten Grundsteine für das gesellschaftliche Leben gelegt werden, sind sie gerade für benachteiligte Kinder ein elementarer Baustein in der Entwicklung.

Indem man finanzielle Anreize von Staats wegen dafür schafft, Kinder nicht in eine Kinderkrippe zu schicken, wird das monatliche Betreuungsgeld insbesondere in den Familien auf Interesse stoßen, wo laut Sozialstudien der Bedarf an Bildung im weitesten Sinne am größten ist. Letztendlich wird hier ein staatliches Belohnungssystem für die Nichtinanspruchnahme eines Bildungs- und Förderangebotes installiert. Damit ist die auf Drängen der CSU-Fraktion beabsichtigte Einführung eines Betreuungsgeldes ein Kahlschlag gegen alle Bemühungen, für mehr Chancengerechtigkeit in Deutschland zu sorgen. Gerade die FDP hat traditionell immer für mehr Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft gekämpft und gestanden,

dafür bürgen große Namen. Sollte die Einführung des Betreuungsgeldes wirklich mit den Stimmen der FDP-Bundestagsfraktion im Jahr 2013 vollzogen werden, so würde sich die FDP im Bund weg von dem Anspruch einer verantwortungsvollen Bildungs- und Sozialpolitik hin zu einer Beliebigkeitspolitik bewegen, die originäre liberale Grundwerte hinter sich lässt. Es wäre auch eine Entscheidung, die die Sozial- und Integrationspolitik der letzten Jahre und das Bemühen um mehr Chancengerechtigkeit grundlegend in Frage stellen würde.

Einkommensschwache Familien sollen dafür bezahlt werden, dass sie ihre Kinder nicht in die Krippe bringen? Werden bald auch finanzielle Anreize dafür geschaffen, keinen Kindergartenplatz in Anspruch zu nehmen, stellt sich da die Frage. Das kann nicht der richtige Weg zu mehr Chancengerechtigkeit und Integration sein. Die Auswirkungen wären zeitnah auch bei uns in Saarbrücken spürbar. Darüber kann auch eine dafür im Gegenzug ausgehandelte Steuerentlastung in Höhe von 6 Milliarden Euro nicht hinweg trösten.

Ihr Rüdiger Linsler

FROHE WEIHNACHTEN UND EIN GUTES NEUES JAHR  
WÜNSCHT IHNEN IHRE FDP-STADTRATSFRAKTION



## Für eine handlungsfähige Stadt

Tobias Raab  
Bezirksrat Dudweiler

Auf den ersten Blick könnte man durchaus den Eindruck gewinnen, dass sich beim Thema Straßenqualität endlich etwas tut, auch im Stadtbezirk Dudweiler. Langjährige Ärgernisse wie die Gartenstraße oder der Neuhauser Weg wurden ebenso saniert wie die Lortzingstraße. Ob dies der Einsicht innerhalb der Stadtverwaltung oder dem Einsatz und „Gemecker“ vieler kommunaler Mandatsträger zu verdanken ist, sei einmal dahingestellt. Kann man also mit der Entwicklung bei der Qualität der städtischen Straßen zufrieden sein? Leider nicht.

Zum einen deswegen, weil man bei näherem Hinsehen erkennen muss, dass die Anzahl an kritischen Straßen weiterhin zunimmt. Die bislang vorgenommenen Erneuerungen und Sanierungen können diese Zunahmen allenfalls ein wenig abmildern, aber sicherlich nicht ausgleichen. Zum anderen kann man auch deswegen nicht mit der Entwicklung zufrieden sein, weil die zuständige Dezernentin Rena Wandel-Hoefer, und mit ihr die Oberbürger-

meisterin Charlotte Britz, mit ihrem Verhalten und ihren Prioritäten Anlass zu mehr als nur Verwunderung geben. So ließ man aus dem Saarbrücker Rathaus verlautbaren, lediglich 20% aller witterungsbedingten Straßenschäden aus dem vergangenen Winter hätten behoben werden können. Der Grund hierfür liege selbstverständlich in den leeren Kassen der Landeshauptstadt. Gleichzeitig werden allerdings beim städtischen Prestigeprojekt „Stadtmitte am Fluss“, insbesondere beim dort vorgesehenen Tunnel, keine Mittel gestrichen. Im Gegenteil, dort wird immer noch mit Zahlen gerechnet, bei denen man sich absolut sicher sein kann, dass sie nicht annähernd die am Ende wirklich entstehenden Kosten erreichen werden.

Als Jurist macht mich hierbei stutzig, dass eine Stadt nach eigener Aussage kaum noch in der Lage ist, sich in vielen Teilen des Gemeindegebiets um das Straßennetz und damit um einen entscheidenden Teil der Daseinsvorsorge zu kümmern, aber gleichzeitig riesige Millionenbeträge für Profilierungsprojekte einiger weniger ausgeben will. Als einfacher Bürger ärgert man sich maßlos darüber, dass man beispielsweise in Herrensohr nunmehr seit Jahren Schlag-

löcher und Baustellen vor der Tür hat, ohne dass es wirklich entscheidend vorgehen würde, während an anderer Stelle eifrig gebaut wird. Und als Junger Liberaler ist man fassungslos, wenn eine Stadt, die aufgrund mangelnder finanzieller Mittel 80% aller Straßenschäden des Vorjahres nicht reparieren kann, Geld, das sie also nachweislich nicht hat, an anderer Stelle mit beiden Händen zum Fenster rauswirft. Natürlich finanziert aus den Schulden kommender Generationen. Und über allem schwebt das Gefühl, aus irgendwelchen Gründen von unserer Stadtverwaltung nicht ehrlich behandelt zu werden.

Ob vielleicht aus einem Zusammenspiel all dieser Eindrücke und einer gewissen Verdrossenheit heraus auch ein Stück weit die geringe Wahlbeteiligung bei der OB-Wahl resultierte, kann niemand mit Sicherheit sagen. Was hingegen sicher bleibt, ist dass wir der Oberbürgermeisterin und besonders ihrer Baudezernentin auch weiterhin auf die Finger schauen müssen, wollen wir dafür sorgen, dass halbwegs vernünftig und gerecht mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt umgegangen wird. Und das wohl leider weitere acht Jahre . . .

Ihr Tobias Raab

### IMPRESSUM

Herausgeber:  
FDP Stadtratsfraktion  
V.i.S.d.P.: Friedhelm Fiedler,  
Fraktionsvorsitzender

FDP-Fraktion, Rathaus-Carrée,  
66104 Saarbrücken,  
fdp-fraktion@saarbruecken.de

Redaktion: M. Bender, A. Jung  
Layout: A. Jung  
Druck: COD, 66111 Saarbrücken